

„Berliner Tageblatt“
Erste Nummer am 1. Januar 1872.
Verleger: Rudolf Mosse in Berlin.



Abonnements-Preis
Für das Berliner Tageblatt und Sonntags-Beilage, sowie das Blatt „Mittag“
in Berlin 1 Mark 25 Pfennig.

Berliner Tageblatt.

Nummer 64. Berlin, Sonnabend, den 4. Februar 1899. XXVIII. Jahrgang.

Die Lage der deutschen Arbeit.

Angesehen eines wirtschaftlichen Niederganges sind nicht vorhanden. Das ist die jüngst im Reichstage ausgesprochene Überzeugung des Staatssekretärs v. Rheinboldt, und in gewissermaßen wird diese Anschauung fast allgemein geteilt. Die letzten Jahre des geschäftlichen Aufschwunges sind auch auf das Geleben der Deutschen nicht ohne Einfluss geblieben. Sie haben namentlich die Furcht vor einem Wandel der wirtschaftlichen Dinge erheblich eingeschränkt. In den meisten großen Gewerbezweigen rechnet man kaum noch mit einer Linderung der Beschäftigung. Man hat sich auf gewisse Punkte eingeleitet, alles nach großem Zusatze zu tun. Selbst die höchsten Anforderungen an unsere technische Leistungsfähigkeit finden uns gewappnet — doch eine größere Geschäftsförderung wird uns fast wehrlos finden. Unsere großgewerblichen Betriebe haben sich demnach ausgesprochen, daß sie zu ihrer Beschäftigung der unumgänglichen Aufträge bedürftig seien. Einmal hat sich ein, als es in den letzten Jahren der Fall war, so wird das deutsche Wirtschaftsleben in ernste Gefahren geraten. Da unsere Industrie auf den Weltmarkt angewiesen ist, so ist dieselbe sehr vertriebsartigen Einflüssen unterworfen. Währungs-, Zollerhöhungen, selbst Kriegszölle, Steuern und schlechte Zolltarifpolitik können unter Umständen in starkem Maße schaden. Das Wirtschaftsleben eines großen Volkes hat nichts Feststehendes; ein ewiger Wechsel der Bilder tritt ein, mit taufend Möglichkeiten ist zu rechnen. Auch mit der einer Krise. Es läßt sich überhaupt darüber freuen, ob nicht schon heute für die ersten Spuren eines beginnenden Niederganges bemerken zu machen. Die schwierigen Verhältnisse in einzelnen Zweigen der Textilindustrie, die Störung der Fahrzeugfabrikation, gewisse Vorgänge im Baugewerbe und seinen Nebenzweigen sind wenigstens nicht geeignet, den Optimismus zu stärken, und sie fördern die Bedenken des Volkswirths.

beschränkt, einzelne Fabriken wurden gänzlich geschlossen, zahlreiche Arbeiter mußten entlassen werden. Der Gewinn der letzten Jahre ist durch diese kurze magere Zeit meistens allmählich wieder aufgehoben. In der Welt aber haben sich im Allgemeinen die Verhältnisse etwas gebessert. In dem Ozean und Berar heißt heute einige Geschäfte so große Bestellungen, daß sie an andere Lokarbeit abgeben. Auch die Handwerker sind in einzelnen Gegenden besser als gewöhnlich beschäftigt. Die Spinnereien haben wohl in allen Hauptzweigen zu thun, doch klagen dieselben, daß infolge des starken Mitbewerbs die Preise gedrückt seien. Die Wolle ist in den letzten Monaten besser beschäftigt gewesen, als sich das bei der letzten Schwelbepanung in den Vereinigten Staaten und der nicht zu unterschätzenden Entlastung der Textilindustrie dort und in anderen Abzweigungen erwarten ließ. Wirklich gut war jedoch nur die Handschuhfabrikation beschäftigt, die zeitweilig selbst einen starken Mangel an Arbeitskräften für gewisse Zweige zu beklagen hatte. Auch in einzelnen Zweigen der Lederindustrie, so in den Fabriken für englische Gardinen und in den Schiffen der Industrie, wird wieder mit vollen Schichten gearbeitet. Allerdings klagen man, daß große Bestellungen aus dem Auslande fehlen, und man befürchtet, daß die augenblicklich günstiger Beschäftigung nicht von langer Dauer sein wird.

In der Glasindustrie ist in der letzten Zeit gut beschäftigt gewesen. Zwar sind die Preise infolge des immer stärker gewordenen Mitbewerbs nicht günstig, aber es fehlt keine leistungsfähigen Arbeiter an Aufträgen. Da die deutsche Glasindustrie, meistens durch englische Kommissionshändler, auch stark nach dem englischen Kolonien ausführt, so hat sie zu dem nachlässigen Zustande gekommen, eines günstigen heimischen und englischen Handelsvertrages natürlich ein lebhaftes Interesse. Der hohe Zoll in den Vereinigten Staaten wurde von der Glasindustrie weniger empfunden, da sich im letzten Jahre für sie der deutsche Markt erheblich besserte. Das letztere läßt sich auch von der deutschen Holzindustrie sagen. Namentlich im Möbelgeschäft war der Bedarf im Inlande größer als je zuvor. Die Holzschneidereien finden selbst gegenwärtig noch lebhaften Absatz, da das Baugewerbe bei der milden Witterung vielfach weiter arbeitet. Die, wir möchten sagen, „mittlichen“ Aufstände im Baugewerbe haben sich zum Glück nicht gebildet. Durch das Treiben eines börsenartigen, in allen größeren Orten durch unangenehmen Spekulationswahn ist das sonst so erfreuliche Baugewerbe leider ebenfalls erschüttert und gefährdet worden. Die ehrenwerthen Meister dieses Gewerbezweiges sind gegen die skrupellosen Spekulant und auch Bauhändler nachlässig. Immer wieder muß beantragt werden, daß es der Sozialpolitik nachdrücklich zu empfehlen ist, die Preisbildung des Baugewerbes durch ein gesetzliches Verbot der wucherhaften Spekulation und des ärgsten Häuser- und Grundstückswindels vollständig zu unterbinden.

Diese Frage zu lösen, ist eine der wichtigsten Aufgaben unserer Zeit. Die im letzten Jahre bedenklich gewordenen Wohnungskrisen können nicht nur den Lohn, sondern auch den sittlichen Fortschritt. In einzelnen Städten hat jene unehrerliche Spekulation bereits einen Aufschwung zur Folge gehabt, in anderen Orten wird er erwartet. Jedenfalls tritt er ein, sobald die Lage der Industrie ungünstiger und damit die Einkommen geringer werden. Der „Aufschwung“ mag einzelne besonders lächerliche Spekulant in die Tiefe verschwinden lassen, der Volkswirthschaft wird wirklich nur dann geholfen, wenn durch eine kaustische, vor allem durch eine kommunale Wohnungspolitik der gegenwärtigen ungeliebten Zustände auf dem Gebiete der Wohnungskrisen für immer ein Ende gemacht wird. Staatsminister v. Mügel war in diesem Punkte vollständig im Recht, als er vor einigen Tagen in der Verwaltung im Reichstage erklärte: Gute Wohnung, billige Wohnung, reichliche Wohnung gibt gute Gesundheit, gutes Familienleben, und das gibt den moralischen Fortschritt, der die Arbeiter tüchtig und ehrenhaft macht.

Im kleineren Maßstabe konnte man das Gleiche seit einiger Zeit in der deutschen Zigogenerindustrie beobachten. Man hatte in halbwegs günstiger Zeit die Betriebe außerordentlich erweitert. Als dann plötzlich die Aufträge sich verringerten, fand man vor der Hand, fast überall wurde der Betrieb

„Aus dem Reichstage. Die gestrige Sitzung, in welcher über den Haushalt der Post- und Telegraphenverwaltung in zweiter Lesung verhandelt wurde, zersplitterte über veränderlichen Charakter nach in zwei vollständig untereinander verschiedene Theile. Im ersten Theile herrschte eine Wohlwollen und Ruhe, im zweiten dagegen gerner Hohn und Scheltung. Im ersten Theile wurden überhandnehmend über den hohen Tarif für Briefe, für Geldsendungen, für Telegraphenbefehle, über Mißbrauch in der Benutzung städtischer Postämter für städtische industrielle Unternehmungen, über die Stoppspost für unrentablen Briefen vorgebracht. Der Herr Staatssekretär im Reichstage gab die gewöhnlichen Antworten und stellte Befragten mancher Lebensfrage über die Verwaltung in Aussicht. Alle Welt schien zufrieden und erregte sich einer gemäßigten Deutlichkeit. — Ihm aber trat Herr Singer in die Turnierdistanz und gleich in wildem Gange auf den Herrn Staatssekretär los. Der gutmüthig demüthigende sozialdemokratische Wortführer besaß sich über die mangelhafte Ausführung der geschäftlichen Sendungsangelegenheiten der Postverwaltung. Dabei hielt sich der

Redner noch in den gemäßigten Redeformen. Gestriger wurde er insofern schon, als er auf die Beschwerden der Militär-Anwärter zu sprechen kam, deren Ansprüche auf Gehaltsnachzahlungen von der Verwaltung mit dem Hinweis auf die Verjährung abgelehnt wurden. Als Herr Singer insofern auf gewisse Grade des Staatssekretärs zu sprechen kam, in denen die Postbeamten hauer gemacht wurden, gewisse Zeitschriften zu halten, oder in denen die Lebenslängliche Anstellung der Beamten von ihrem dienstlichen und außerdienstlichen Verhalten abhängig gemacht wurde, da triß dem Redner der Geduldsfaden. Sein Temperament ging mit ihm durch, und der gestrige Führer der parlamentarischen Opposition trat den sozialdemokratischen Exaktlosstärker, nachdem er zur Mäßigung ermahnt hatte, einmal und ein zweites Mal zur Ordnung. „Da halt' der arme Singer genug!“ Auf den scharfen Hinweis erfolgte seitens des Herrn Staatssekretärs eine scharfe Antwort. Wenn, wenn er sich zu der Reue hingewandt, ein Beamter hätte keine sozialdemokratischen Gesinnungen, dann muß man doch im Namen der Gewissensfreiheit dagegen protestieren. Die Staatsverwaltung hat nur das Recht, von ihren Beamten die Befolgung der Disziplinargebote — mögen dieselben so streng sein wie immer — unbedingt zu verlangen. Rimmermehr kann man ihr das Recht einräumen, die Gesinnungen ihrer Beamten zu kontrollieren. Ist es aber überdies nicht gegen die menschliche Natur, die Gesinnungen der Beamten zu lenken und leiten zu wollen? Solch ein Verfahren hat man in der Geschichte allezeit gebrandmarkt. Die spanische Inquisition hat eine derartige Bestimmung und Verheerung eingeschlagen. Mit welchem Erfolge — darüber weiß die Geschichte gleichfalls zu erzählen. Was glanzen jedoch nicht, daß Herr v. Bobbiel nach dem Ruhm eines Peter v. Arbez griff. Aber besser wäre es gewesen, wäre jenes Wort nicht gefallen.

Der Kaiser auf dem Brandenburger Provinziallandtag.

Der Kaiser und König nahm gestern Abend um 7 Uhr an dem Diner Theil, welches der Oberpräsident Staatsminister Dr. v. Rheinboldt dem Mitgliedsrat des Provinzial-Landtages der Provinz Brandenburg gab, und zu welchem etwa 130 Einladungen ergangen waren. Der Kaiser, in der Uniform des 1. Garde-Regiments 3. Bz. mit der Kette des Hohenzollernordens und dem Stern des Schwarzen Adlerordens, sah zwischen dem Oberpräsidenten Dr. v. Rheinboldt und dem Landesdirektor a. D. Dr. v. Weydow; nach ihm folgten Reichsminister v. Schulerberg und der Vorsitzende des Provinzial-Landtages Graf v. Willmannsdorff-Möllendorff, nach rechts der Gehobener v. Goltzow und Regierungsrath Dr. v. Quade, die Grafen, Gegenüber dem Kaiser sah der Landesdirektor, Freiherr v. Manteuffel zwischen dem Oberpräsidenten des Staatsministeriums Dr. v. Mügel und dem kommandierenden General v. Haupt, einerseits und dem Minister v. v. Melle und dem Oberpostmarschall Grafen v. Grentzen andererseits.

Oberpräsident Dr. v. Rheinboldt brachte den ehrerbietigsten Dank der Verammelten für das Gedeihen des Reiches zum Ausdruck und schloß mit einem begeisterten Aufgenommen auf den Monarchen. Der Kaiser erwiderte in laudablem Ausdrucks und schloß mit einem Hoch auf die Mark Brandenburg, das hiebei den Witzers hall fand. Gest gegen 12 Uhr schloß das Fest.

Hierzu für die auswärtigen Abonnenten „Deutsche Leschalle“ Nr. 6.